



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

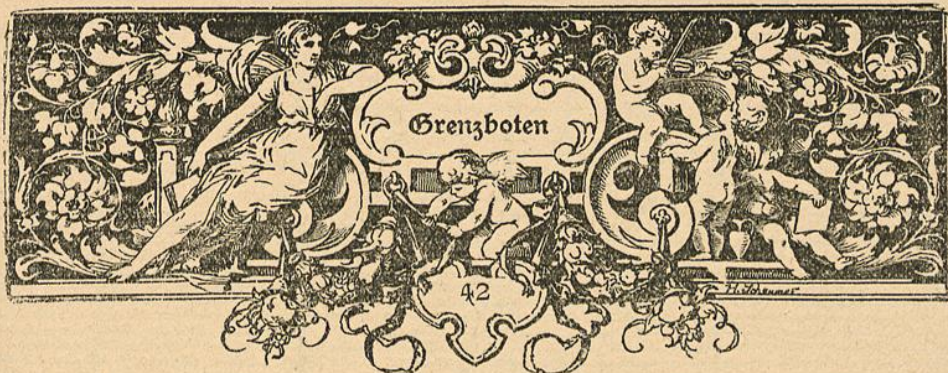
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Szczepanski, Max von: Die Lehre von Leipzig

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Lehre von Leipzig

Von Dr. Mag von Szczepanski



Am 18. Oktober 1813 wurde bei Leipzig die Völkerschlacht geschlagen. Das war der Anfang vom Ende der Bedrückung des europäischen Festlandes durch einen Mann und durch eine Nation. Russen und Schweden, Österreicher und Preußen hatten den blutigen Ring gezogen, aus dem zu entkommen dem mächtigen Kaiser freilich noch einmal glückte. Aber er war doch diesmal so entscheidend getroffen, daß seines und seiner Mannen Bleiben auf deutschem Boden nicht mehr sein konnte. Bis an den Rhein und über den Rhein hinweg führten die verbündeten Kriegsleiter ihre Heere, den Verteidigungskrieg, den sie bis dahin durchgeföchten, in einen vernichtenden Nachfeldzug wandelnd.

Welche Motive nun hatten die verschiedenen Nationen auf dem Schlachtfeld von Leipzig vereinigt? Die russische Kriegsföhrung des Jahres 1813 war der Nachstoß aus glücklich gelungener nachhaltiger strategischer Verteidigung, politisch gerechtfertigt durch das Bestreben, die eigenen Grenzen zu größerer Sicherung gegen künftige Einfälle durch Einbeziehung weiterer polnischer Landesteile in das große russische Reich nach Westen zu erweitern; aber auch der politische Ehrgeiz, als Befreier und Retter der bedrängten Nachbarn die bisherige Herrschaft der großen westlichen Macht durch eigenen Einfluß in Europa zu ersetzen, trieb den Kaiser Alexander zu immer neuem, weit über den Rahmen russischer Landesverteidigung hinausgehendem kriegerischen Handeln. Die Staatskunst Schwedens suchte durch ihren bewaffneten Anschluß an die gegen Frankreich kriegsföhrenden Mächte territoriale Erwerbungen auf skandinavischem Boden, den Besitz Norwegens, sich zu sichern; durch dieses Wollen war sie an den Kriegswillen des großen russischen Nachbarn gefesselt. Die Donaumonarchie folgte, indem sie sich nach dem Frühjahrsfeldzug von 1813 den übrigen Verbündeten zugesellte, ihrem politischen System in Deutschland, das eine Erstarkung Preußens ebenso wie ein russisches Protektorat zu verhindern strebte: erst Napoleons Maßlosigkeit gegenüber Metternichs Vermittlungsversuchen hatte diesem Staatsmanne den Weg gezeigt, auf dem er das politische Interesse des österreichischen Kaiserstaates zu verfolgen hatte. Durchaus reale Tendenzen also waren es, von denen diese drei Mächte im Befreiungskriege getrieben wurden.

Die preußischen Waffen dagegen waren durch eine fittliche Notwendigkeit nach Leipzig geführt worden. Von allen jenen verbündeten Staaten war Preußen allein der Zuchttrute des großen Kriegsheeres und Staateneroberers verfallen gewesen. Preußen allein hatte die Not und Schmach einer zerschmetterten Niederlage erlitten als Folgen schwankend schwächlicher Politik und einer Vernachlässigung seines Kriegswerkzeuges, des wertvollen Erbes seines großen Königs. Doch schwerere Schande noch hatte das Volk durch sein Verhalten nach der Niederlage auf sich geladen. „Welch eine Auffassung von dem eben durchstrittenen Kampfe verriet es, daß der Ausbruch desselben zurückgeführt wurde auf den Standesegoismus des preußischen Adels, der die ihm bisher von seiten Englands gezahlten hohen Kornpreise durch Napoleons Handelspolitik gefährdet gesehen habe. — Da dieser nichtswürdige Stand die Führerstellen in der Armee hatte, so mußte er auch die Hauptschuld an der Niederlage haben. Die zurückkehrenden Gemeinen schrien alle: wir sind verraten und verkauft worden, die Offiziere waren alle hinter der Front. — Überall sahen die Besserwisser Fehler oder Verrat; für jede Epoche des Feldzuges hatten sie einen strategischen Plan auf Lager, der, wenn befolgt, nach ihrer Versicherung unfehlbar zum Siege geführt haben würde. — Es war noch das Geringste, daß diejenigen, welche schon vor dem Kriege das französische Bündnis empfohlen hatten, triumphierend auf ihre Weisheitsprüche hinwiesen und die Befolgung derselben jetzt erst recht als Heilmittel anpriesen.“ Liest man solche Sätze aus Max Lehmanns Scharnhorstbiographie, so glaubt man mit wenigen Wortänderungen sie auf unsere Tage anwenden zu können. Werden nicht heute das Großkapital und der Militarismus beschuldigt, den Krieg herbeigeführt und gar verlängert zu haben? Gilt nicht wieder als Unheilbazillus der Offizier, der hinter der Front in Wohlleben geschwelgt habe, während der gemeine Mann unter dem feindlichen Trommelfeuer im Schützengraben litt? Unsere Feldherren heißen heute Hazardeure, und diejenigen, welche vor dem Kriege vom Bündnis mit England und dem dadurch gesicherten Weltfrieden geträumt haben, heißen heute als letztes Rettungsmittel aus allem Elend den endlich errichteten Völkerbund, zu dem wir nicht einmal zugelassen sind. Und wenn ferner die Preußen von einst damit sich trösten sollten, „daß alle Helden, also auch Napoleon, für Friedrichs Volk edelmütige Teilnahme zeigen würden“: wer erinnert sich da nicht des uns immer wieder gepredigten Vertrauens in den edlen Wilson, den geistigen Führer der uns feindlichen Ententemächte? Es ist heute wie damals dasselbe traurige Bild — nur daß noch viel schmachvoller diesmal der vernichtende Schlag nicht lediglich von außen kam, sondern aus den Reihen der Volksgenossen, die verräterisch den Umsturz im Innern von unten her vorbereiteten, einen Umsturz, dem dann von oben her durch einen verräterischen Kanzler die Wege frei gemacht wurden.

Dafür hat nun das Schicksal die Deutschen wie einst das preußische Volk in harte Zucht genommen. Wir stehen unter dem Joch, das um so freventlicher für uns ist, als es freiwillig, ohne Rücksicht auf Ehre und Recht, ohne letzte kraftvolle Abwehr aufgenommen wurde. Nicht nur die Kronen, die Schwerter wurden zerbrochen, auch der tapfere Geist ward gelähmt, der doch infolge der angeblich neugewonnenen Freiheit im Innern sich frei nach außen zu entfalten berufen gewesen wäre. Solche Sünde wider den Geist haben wir heute wie einst zu büßen — es wird ein langer Weg sein bis zu dem Leipzig der Zukunft. Denn anders als damals steht die jetzige Staatsgewalt zu den Ereignissen und Erfordernissen des völkischen Lebens: die deutsche Regierung selbst ist es, die durch ihre Schul- und Heerespolitik es unternimmt, die

Erinnerung an die einstige Größe und Selbständigkeit des Vaterlandes auszulöschen, die den Geist der Ergebung, nicht den der Erhebung in die gedrückten Seelen einzupflanzen sucht. Um so weniger darf der nationaldenkende Deutsche, der sein Volk liebt, es sich nehmen lassen, immer wieder sich und andere an die großen Gedanken zu erinnern, die in unserer geschichtlichen Vergangenheit ersichtlich sind und uns auch heute noch große Pflichten auferlegen. Der entrechtete und geknechtete preußische Staat im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts hat sieben Jahre der ernststen, vorbereitenden Arbeit gebraucht, ehe die politische Lage, der Mann und die Stunde sich einstellten, welche zur Freiheit führten. Erst Werktagsarbeit und dann Sturmtagsfahrt sind es gewesen, die dem entscheidenden Tage von Leipzig vorangingen. Sieben harte Jahre haben den Preußen von 1806 erst gezeigt, daß sie zusammengehören, daß sie eine Nation seien. Das größere Deutschland hat, ehe es an eine neue Freiheit denken darf, noch einen ähnlichen Prozeß durchzumachen: wir brauchen zunächst einen Siegestag über unser Selbst. Wir alle müssen erst noch den Deutschen in uns überwinden, nämlich die falsche Art von Weltbürgertum und die kleinliche Parteisucht, die im deutschen Wesen so unversteckt enthalten sind. Innerlich und äußerlich muß alles Volksfremde bekämpft und ausgeschieden, muß einmütiges Wollen erlernt und angestrebt, muß die sittliche Notwendigkeit einer neuen Erhebung allgemein anerkannt werden — und, sollte sie anstatt nach sieben Jahren erst nach sieben Lustren möglich sein! Eben dieserhalb sollten wir auch keinen Gedenktag vergangener Größe ohne mahnendes Erinnern vorübergehen lassen, sondern uns den Inhalt und Wert solcher nationaler Geschehnisse vor Geist und Seele stellen. In diesem Sinne ist der Tag von Leipzig von besonderer Bedeutung — nicht so sehr, weil von da „die Viktorie beginnt“, sondern weil da erst die Schmach endet. Nicht was auf Leipzig folgte, sondern der Weg, der bis dorthin zurückzulegen war, ist das Lehrhafte für unser heute. Freilich werden wir nicht im entferntesten die gleichen Pfade des Aufstiegs gehen können; durch den Friedensvertrag und die unter dessen Schwert stehende Reichsverfassung sind sie uns nur allzusehr versperrt. Wir wissen jedoch, wie viel bei dem Weg allein schon vom Willen abhängt.

Die Vorzeit löste den Gegensatz zwischen Soldatenstand und Bürgertum dadurch, daß sie beide vereinigt veredelte: der Wehrstand wurde nur noch aus Landeskindern, das Offizierkorps nunmehr auch aus dem gebildeten Bürgertum ergänzt und dann, zunächst für die Dauer des Krieges, die Wehrpflicht allen Berufsständen auferlegt; die Preußen wurden ein Volk in Waffen. Diese geistig-sittliche Änderung des staatlichen Prinzips vollzog sich unter Führung der Krone. Die heutige deutsche Reichsregierung sehen wir andere Wege gehen: die Wehrpflicht wird abgeschafft, eine durch Werbung ergänzte Polizeimacht aufgestellt, der Bildungsstand und das Ansehen des Offizierkorps werden herabgedrückt. Aus der Nation heraus wird also die Aufgabe übernommen werden müssen, für welche bei der Regierung sowohl die Bewegungsfreiheit wie auch der staatsmännische Wille fehlt. Denn eben die demokratische Gestaltung unserer Reichsverfassung gibt ja der Nation mehr als früher Recht und Pflicht, nicht nur mitzuarbeiten, sondern mitzuwollen bei ihrer künftigen politischen Entwicklung. Auch wir stehen wieder vor Reformen wie unsere Vorväter nach der durch Napoleon den Ersten erlittenen schmachvollen Niederlage. Wieder handelt es sich um die hohe, aber schwere Aufgabe, „die unveräußerlichen Rechte des Individuums und die sittlich-geistigen Ideale der Menschheit mit den harten und unbiegsamen Ansprüchen des von Natur egoistischen und heroischen Staates in Einklang zu bringen.“ Es handelt sich aber auch darum, diesen

Staat so aufzubauen und im Völkerleben so hinzustellen, daß er mächtig genug ist, um seinen Bürgern jene Rechte und Ideale zu sichern. Auch darin aber sind wir wieder ganz auf die eigene Kraft angewiesen und dürfen auf keine tätige Hilfe von außen rechnen, wie sie dem bedrängten Staate Friedrich Wilhelms des Dritten schon vor dem Jahre 1813 mehr als einmal winkte. Denn das große benachbarte Rußland, die nordischen Reiche, das freie England standen in politischem Gegensatz zu den Bedrückern Preußens und durften als Helfer schon für den Aufbau gelten. Heute sehen wir nur Feinde oder Fördernde ringsum, nirgends Fördernde, sondern höchstens schwache Nachbarn. Doch wollen wir andererseits nicht übersehen, unter welchen Umständen in den außenpolitischen Verhältnissen uns wenigstens Luft werden kann. Dem neuen polnischen Staatswesen wird man wirkliches Gedeihen erst dann voraussetzen dürfen, wenn etwa seine von Deutschen bewohnten Landesteile, anstatt zur Irredenta sich zu entwickeln, dem Reiche Festigkeit geben sollten. Auch Letten und Tschecho-Slowaken werden erst ihre selbständige staatenbildende Kraft zu erweisen haben. Die Furcht, welche Frankreich noch immer vor uns zeigt, die stets erhöhten Sicherheiten, die es für sich vom Völkerbunde fordert, beweisen nicht nur ein inneres Gefühl der Schwäche, sondern auch ein unsicheres Vertrauen auf die Dauer der freundschaftlichen Gefinnung seiner jetzigen Bundesgenossen. Diese ist ja gewiß auch in Frage gestellt durch der Franzosen ungeminderte Begehrlichkeit nach der Rheingrenze. Die harten Besatzungsvorschriften und sonstigen Friedensforderungen belasten das Deutsche Reich ja nicht nur finanziell in unerfüllbarer und jeder Willkür ausgesetzter Form. Frankreich wird stets geneigt sein, für Nichtinnehaltung territoriale Entschädigungen zu fordern, also eine Machterweiterung, welche die Angelsachsen diesseits und jenseits des Ozeans schon aus wirtschaftlichen Interessen schwerlich begünstigen werden. Hier kann die Zeit, die im Krieg sich uns ungünstig erwies, indem sie den Feinden Sammlung gestattete, von Vorteil für uns sein.

Freilich: selbst wenn die Zeit und der Geist günstig sind, bedarf es noch des Mannes, der die Stunde ergreift. Der Tag von Leipzig war möglich erst durch die Tat von Tauroggen. Denn ein Mann muß es sein, der die Sehnsucht der Nation zum Tun entbindet, ein Mann, der gleich ihr fühlt, aber das besitzt, was der Masse nie eignet: den Mut zur Verantwortung. Solcher Mut aber ist Macht, sobald er auf das Verlangen einer Vielheit sich zu stützen vermag. Es wäre verkehrt, hier auf Männer hinzudeuten, die heute noch dem Volke als Führer von Bedeutung und Willenskraft vor Augen stehen. Nicht das Volk findet den Mann — die Stunde reißt und ruft ihn. Gerade von dem strengen York hatte ganz gewiß niemand den rettenden Bruch mit aller Überlieferung an gehorsamer Unterordnung erwartet. Auch wiederholen sich derartige Lagen in der Geschichte kaum. Das einzige an der Tat oder Untat ist stets das gewaltig Hinreißende. Es muß uns genügen zu wissen, daß die geschlossene Persönlichkeit, der selbständige Charakter, die seelische Freiheit und sittliche Größe erreichbare Ergebnisse nationaler Erziehung und bewußter Selbstzucht sind. Je eifriger wir in Betrachtung und Belehrung an die Großen der Geschichte herantreten, je treuer und tiefer wir mit ihnen uns vertraut machen, je ernster und sicherer wir das junge Geschlecht auf sie hinzuweisen verstehen, um so mehr dürfen wir hoffen, daß die Eigenschaften und Kräfte, durch welche jene wirkten, bei uns nicht ersterben, sondern neue Männer zu neuen Taten heraufzuführen werden. Es ist gewiß kein Zufall, daß derselbe York, der den rettenden Schritt des Übertritts zum Freundesfeinde tat, als Vorkämpfer im Herbstfeldzuge von 1813 bei Wartenburg den Elbe-

übergang erzwang, und dadurch dem Heeresteil Blücher, dessen Initiative bei den Gesamtoperationen entscheidend war, den Weg in die Flanke des Feindes bahnte; daß die Mannen desselben York als erste in Leipzigs Tore einbrachen, und wieder als erste zur Verfolgung des geschlagenen Gegners aufbrachen. Der erste schicksalschwere Entschluß zwang den Mann und die Seinen, stets wieder die Bahn des Vorwärts zu weisen und zu fegen.

Das ist die Lehre von Leipzig: aus jeder Not und Niederlage gibt es ein Aufwärts für ein Volk, das die sittliche Notwendigkeit der Erhebung erkennend arbeitet, vertraut und kampfbereit folgt, wenn der Mann des Schicksals es aufruft und anführt auf dem Weg zur Freiheit!

Zum Betriebsrätegesetz

Von f. O. E.



In den sozialpolitischen Erlassen Kaiser Wilhelms des Zweiten im Jahre 1891 kommt unter anderem zum Ausdruck, daß die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung der Betriebsangelegenheiten teilnehmen sollen. In § 134 h der Gewerbeordnung wurde diese Forderung verwirklicht. Die Arbeiter zeigten jedoch für die Vertretungen kein allzu großes Interesse. Erst der § 11 des Hilfsdienstgesetzes von 1916 brachte die Frage der Entwicklung zur „industriellen Demokratie“ in regen Fluß und von diesem Zeitpunkte ab geht es in starkem Tempo vorwärts. Durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 erhielten die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse eine feste Grundlage und Erweiterung ihrer Rechte. Die Betriebsräte sollen nun den vorläufigen Abschluß der Entwicklung bilden.

Bei der Einbringung des Gesetzesentwurfes über Betriebsräte in der Nationalversammlung wies Reichsarbeitsminister Schlick darauf hin, daß der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft nur möglich sei durch Gemeinschaftsarbeit, gegründet auf Solidarität aller Volksgenossen. Ob nun der neue, bisher von uns durch keine Erfahrung erprobte Weg der richtige ist, um die deutsche Gewerbetätigkeit zu fördern, um den gesellschaftlichen Aufbau, den gesamten Wohlstand und Bildungsstand des deutschen Volkes günstig zu beeinflussen, will ich nachstehend untersuchen.

Die Aufgaben der Betriebsräte liegen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete. Als soziale Organe sollen sie die Tätigkeit der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse fortsetzen und fortbilden. Als wirtschaftliche Organe sind sie ein gänzlich neuer Faktor im deutschen Erwerbsleben. Durch das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, durch die Beratung der Betriebsleitung und die Mitwirkung an der Fürsorge für die Produktion sollen die Betriebsräte mit weit größeren Rechten als bisher den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen zu Gebote standen, ausgerüstet werden.

In allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) beschäftigen, sind Betriebsräte zu errichten. In Betrieben von fünf bis zwanzig Arbeitnehmern ist ein Betriebsobmann zu wählen. Die Angestellten sollen nach dem Entwurf nicht ihrer Bedeutung nach, sondern nur nach dem Zahlenverhältnisse berücksichtigt werden. Es würde dies also eine Majorisierung der Angestellten durch die Arbeiter bedeuten. Mit Recht wiesen die Nachrichten des Vereins Kruppischer Beamten darauf hin, daß gegenüber dem System sozialistischer Niveauausgleichung die Angestellten sehr bald erkennen werden, daß sie ihre gehobene soziale Stellung auf Grund größeren Wissens und höherer Bedeutung für die Unternehmung im Zeichen der Betriebsräte nicht werden durchhalten können. Die „Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie“ schlug folgende Regelung vor: Es sind getrennte Angestellten- und Arbeiteraus-